

---

**Vorsitz: Österreich**

**SONDERSITZUNG  
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION  
(990. Plenarsitzung)**

1. Datum: Mittwoch, 20. Oktober 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 15.00 Uhr  
Schluss: 15.50 Uhr

2. Vorsitz: R. Lassmann

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: NEUAUFLAGE DES WIENER DOKUMENTS 2011

Vorsitz, Vereinigtes Königreich (Anhang 1), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2), Kanada (Anhang 3), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (Anhang 4), Ukraine (FSC.DEL/384/21), Türkei (FSC.DEL/390/21 OSCE+), Frankreich (Anhang 5), Russische Föderation (Anhang 6), Polen, Schweiz

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 27. Oktober 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**990. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 996, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke Herr Vorsitzender.

Wir begrüßen Ihre Initiative, eine Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) zur Neuauflage des Wiener Dokuments im Einklang mit den darin enthaltenen Absätzen 151 und 152 abzuhalten. Im Jahr 2010 vereinbarten alle Teilnehmerstaaten und beschloss das FSK, das Wiener Dokument alle fünf Kalenderjahre oder auch öfter neu aufzulegen. Leider offenbarten die Versuche, dies im Jahr 2016 zu tun, dass ein gewisser Teilnehmerstaat die von ihm eingegangenen Verpflichtungen missachtet. Das Vereinigte Königreich ist enttäuscht, dass sich die Russische Föderation erneut entschieden hat, ihre Verpflichtungen nicht einzuhalten und die Neuauflage des Wiener Dokuments abzulehnen.

Herr Vorsitzender, wir bedauern, dass Russland eine technische und praktische Angelegenheit absichtlich politisiert. Die Übernahme von Beschlüssen des Wiener Dokuments Plus, die bereits abgestimmt und von allen Teilnehmerstaaten durch Konsens verabschiedet wurden, in eine konsolidierte Fassung des Wiener Dokuments sollte ein einfacher verwaltungstechnischer Prozess sein.

Darüber hinaus ist eine solches administratives „Aufräumen“ nicht nur ein bewährtes Verfahren, sondern eine Mindestanforderung für jede professionelle Organisation. Wir sind es uns schuldig und wohl auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass unser „Implementierungspersonal“, unsere hochqualifizierten Verifikationsteams über die aktuellsten Dokumente verfügen, um ihre Missionen sicher und effektiv durchzuführen.

Herr Vorsitzender, es ist enttäuschend, dass wir uns in der gleichen Situation wie 2016 befinden, und wir fordern Russland erneut auf, die uneingeschränkte Achtung der grundlegenden OSZE-Prinzipien wiederherzustellen und die bestehenden Instrumente der konventionellen Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung, darunter das Wiener Dokument, vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen. Wir bleiben offen für einen Dialog mit allen Teilnehmerstaaten, auch mit Russland, über die bestmögliche weitere Vorgehensweise. Wenn wir Fortschritte erzielen wollen, müssen alle in gutem Glauben zusammenarbeiten. Das Vereinigte Königreich ist bereit, sich in diese Bemühungen einzubringen.

---

**990. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 996, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Das Wiener Dokument war von Anfang an als lebendes Dokument gedacht, das laufend weiterentwickelt werden sollte, um Veränderungen des europäischen Sicherheitsumfelds besser bewältigen zu können. Die Teilnehmerstaaten verpflichteten sich in Absatz 152 auch, alle fünf Jahre oder auch öfter eine Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) zur Neuauflage des Wiener Dokuments einzuberufen. Im Jahr 2011 beschlossen die Teilnehmerstaaten eine Neuauflage des Wiener Dokuments.

Vor fünf Jahren jedoch, im Jahr 2016, gelang es den Teilnehmerstaaten nicht, das Wiener Dokument neu aufzulegen, obwohl das FSK inzwischen vier Beschlüsse verabschiedet hatte, mit denen die Verpflichtungen des Wiener Dokuments ergänzt oder angepasst wurden. Nun bedauern wir, dass das Wiener Dokument auch in diesem Jahr nicht neu aufgelegt werden wird.

Die Tatsache, dass wir das Wiener Dokument trotz des eindeutigen Mandats dieses Forums zum zweiten Mal nicht neu aufgelegt haben, zeigt, dass das Verständnis, die Transparenz und das Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten schwinden. Darüber hinaus zeigt es die fehlende Bereitschaft einiger Teilnehmerstaaten, insbesondere der Russischen Föderation, sich an der Vertrauensbildung zu beteiligen und den Kernbestand an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) des Forums wirksam und relevant zu erhalten.

Wie kann es sein, dass wir nicht zur Neuauflage des Wiener Dokuments in der Lage sind, zumindest um die Verpflichtungen in den Beschlüssen, die Jahre zuvor durch Konsens verabschiedet und jahrelang von den Teilnehmerstaaten durchgeführt wurden, zu berücksichtigen? Dies würde die Arbeit derjenigen, die mit der Durchführung des Wiener Dokuments betraut sind, erheblich erleichtern, denn sie könnten ein einziges Instrument für alle maßgeblichen Verpflichtungen in Bezug auf das Wiener Dokument konsultieren.

Ehrlich gesagt, ist das Unvermögen, das Wiener Dokument neu aufzulegen, für uns nur schwer nachvollziehbar. Die Neuauflage des Dokuments in einer aktualisierten Fassung wäre ein Schritt, um unsere VSBM mit den neuesten Strukturen, Aktivitäten und Dispositiven der Streitkräfte in Einklang zu bringen.

Die Lage zeugt einmal mehr vom mangelnden gemeinsamen Einsatz, um das voranzubringen, was eine gemeinsame Anstrengung der OSZE-Gemeinschaft zur Wiederherstellung der militärischen Transparenz in Europa sein sollte. Die Neuauflage des Wiener Dokuments wäre ein guter Schritt. Doch wir müssen zwei weitere Schritte setzen. Einer davon ist die vollständige Umsetzung der Bestimmungen des Wiener Dokuments in gutem Glauben; der andere – die gemeinsame Arbeit an seiner Modernisierung.

Die vollständige Umsetzung des Wiener Dokuments und aller politischen OSZE-Verpflichtungen sollte selbstverständlich sein. Das ist nicht der Fall. Russland – aber nicht nur Russland alleine – hat seine politisch bindenden Verpflichtungen zum Schaden der regionalen Sicherheit missachtet oder selektiv umgesetzt.

Die Neuauflage des Wiener Dokuments zu behindern, ist nicht konstruktiv. Es ist nicht zu rechtfertigen. Wir fordern Russland dringend auf, alle seine bestehenden OSZE-Verpflichtungen einzuhalten und sich im Geiste der Kollegialität an der Neuauflage des Wiener Dokuments zu beteiligen.

Mit Blick auf die Zukunft glauben wir, dass uns die gemeinsame Arbeit an der Neuauflage des Wiener Dokuments helfen wird, das Vertrauen in das heutige Europa wiederherzustellen. Die Bemühungen, den bestehenden Herausforderungen im derzeitigen Sicherheitsumfeld besser zu begegnen und einen der Kernbausteine unserer Sicherheitsarchitektur zu verbessern, werden der Russischen Föderation und allen anderen Teilnehmerstaaten zugutekommen.

Wie vor 25 Jahren im Rahmen von Lissabon dargelegt und in diesem und in anderen Foren regelmäßig bekräftigt, sind die Vereinigten Staaten entschlossen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa auf der Grundlage von Schlüsselprinzipien wie Gegenseitigkeit und Transparenz zu erhalten, zu stärken und zu modernisieren.

Fast auf den Tag genau vor zwei Jahren haben 34 Teilnehmerstaaten einen gemeinsamen Vorschlag als Grundlage für die Aushandlung einer umfassenderen Modernisierung des Wiener Dokuments vorgelegt.

Der gemeinsame Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments bietet einen konkreten Rahmen für den Beginn der Wiederherstellung der militärischen Transparenz in Europa auf der Grundlage unserer bestehenden Verpflichtungen. Viele der in dem Vorschlag enthaltenen Ideen sind bekannt.

So bietet der Vorschlag zum Beispiel die Möglichkeit, Transparenzlücken zu schließen, indem die Schwellenwerte für die Ankündigung und die Beobachtung gesenkt werden. Dies würde Einblicke in groß angelegte und unangekündigte militärische „Alarmierungsübungen“ in Echtzeit erleichtern.

Der gemeinsame Vorschlag würde insbesondere die Bestimmungen von Kapitel III zur Verminderung der Risiken verbessern. Selbst nach dem derzeitigen Wiener Dokument ist es für einen Staat nicht zulässig, in Beantwortung des Ersuchens eines Staates gemäß Kapitel III die Berechtigung von dessen Besorgnis über ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten in der Nähe seiner Grenzen zurückzuweisen. Als die Ukraine in diesem Frühjahr ihre Besorgnis über die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten in der Nähe ihrer Grenzen äußerte und um Informationen gemäß Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments ersuchte,

gab Russland keine konkrete Antwort. Wäre der gemeinsame Vorschlag in Kraft gewesen, hätten die Teilnehmerstaaten die Bestimmungen für eine Inspektion über die Quote hinaus nutzen können, um auf die Besorgnisse der Ukraine zu reagieren. Das hätte geholfen, die Spannungen abzubauen. Darüber hinaus würden die Teilnehmerstaaten ermutigt und motiviert, in solchen Zeiten erhöhter militärischer Spannungen freiwillige Besuche nach Kapitel III zu veranstalten.

Insgesamt bietet der gemeinsame Vorschlag einen konkreten Rahmen, um auf der Grundlage unserer bestehenden Verpflichtungen mit der Wiederherstellung der militärischen Transparenz in Europa zu beginnen. Er befasst sich mit konkreten Fragen, die Auswirkungen auf die Sicherheitswahrnehmungen und unser derzeitiges Sicherheitsumfeld haben. Doch bis jetzt ist es nur ein Vorschlag. Wir laden Russland und alle anderen Teilnehmerstaaten ein, mit uns eine ernsthafte, konstruktive Erörterung dieser Ideen im Hinblick auf eine Modernisierung des Wiener Dokuments zu unser aller Vorteil aufzunehmen.

Wir müssen auch unser kollektives Engagement in Foren wie dem Strukturierten Dialog fortsetzen, die ein Nährboden für neue Ideen sein können, die unsere Arbeit am Wiener Dokument bereichern. Die Vereinigten Staaten schließen sich nicht der Auffassung einiger Teilnehmerstaaten an, dass freiwillige Transparenzmaßnahmen – wie Besuchertage – ein ausreichender Ersatz für gemeinsam beschlossene, auf vollständiger Gegenseitigkeit beruhende Vertrauens- und Stabilitätsmaßnahmen seien. Freiwillige Transparenzmaßnahmen können nützlich sein, nicht zuletzt zur Förderung militärischer Kontakte, doch sie können auch falsche und verwirrende Narrative fördern, die der regionalen Sicherheit schaden. Zum Beispiel erklärte Russland bei seiner jüngsten Unterrichtung des FSK über „Sapad-2021“, dass an der Übung nach den Bestimmungen des Wiener Dokuments nicht mehr als 6 400 Mann unter einheitlicher Führung beteiligt sein würden. Hochrangige russische Amtsträgerinnen und Amtsträger nannten öffentlich wesentlich höhere Zahlen für die Übung, nämlich insgesamt rund 200 000 Mann. Trotz wohlbegründeter Ersuchen an Russland, klarzustellen, wie es zu der niedrigen Zahl nach dem Wiener Dokument gekommen sei, die es dem FSK mitgeteilt hatte, weigerte sich Russland, weitere Informationen zur Verfügung zu stellen, und forderte uns stattdessen auf, das Wiener Dokument zu lesen, das wir alle hinreichend kennen.

Wir bekräftigen, dass das Wiener Dokument 2011 und alle seit November 2011 von diesem Forum im Konsens verabschiedeten Beschlüsse des Wiener Dokuments Plus, in Kraft bleiben. Darüber hinaus fordern wir alle Teilnehmerstaaten dazu auf, das Wiener Dokument umzusetzen und die Bemühungen um seine Modernisierung noch einmal zu verstärken und dadurch die Sicherheit, Berechenbarkeit und Transparenz im euro-atlantischen Raum zu verbessern.

Auf diese Weise können wir den Prozess der Wiederherstellung von Vertrauen und Transparenz im europäischen Sicherheitsumfeld einleiten und gleichzeitig Chancen zur Bewältigung neuer Bedrohungen ergreifen. Durch solche Bemühungen um Erneuerung werden wir den im Rahmen von Lissabon verankerten Prinzipien gerecht.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

---

**990. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 996, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

wir bedauern erneut, dass das Wiener Dokument trotz der überwältigenden Unterstützung der Teilnehmerstaaten für dieses Vorhaben nicht neu aufgelegt werden wird.

Die Neuauflage von technischen Dokumenten, insbesondere von jenen, die eine operative Funktion haben, wie das Wiener Dokument, ist ein Markenzeichen aller professionellen Organisationen. Diese periodische, verwaltungstechnische Neufassung gibt unserem mit der Implementierung des Wiener Dokuments betrautem Personal die Sicherheit, dass es ebenso wie seine Kolleginnen und Kollegen, die auf der Seite der Empfänger von Aktivitäten nach dem Wiener Dokument tätig sind, zweifelsfrei dieselbe, identische Version des Wiener Dokuments verwendet. Diese routine- und planmäßigen Neufassungen sind eine Form der Versionskontrolle, die unser Implementierungspersonal schützt und die Effizienz seiner Arbeit gewährleistet.

Es liegt in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unser Implementierungspersonal seine Tätigkeit mit den bestmöglichen und aktuellsten Instrumenten durchführt. Dazu gehört auch das Wiener Dokument.

Selbstverständlich würde diese verwaltungstechnische Neufassung zum jetzigen Zeitpunkt lediglich die bereits verabschiedeten Beschlüsse zum Wiener Dokument Plus übernehmen. Daraus würde dann eine bereinigte Version des Dokuments erstellt. Das ist sinnvoll und notwendig.

Die Politisierung dieser eindeutig verwaltungstechnischen Aufgabe spricht Bände in Bezug auf den Wert, den Russland unserem gemeinsamen VSBM-Acquis beimisst. Diese Obstruktionspolitik ist die Fortsetzung des Trends, im Rahmen des Wiener Dokuments undurchsichtig und minimalistisch zu agieren, wie er zuletzt in den von der Russischen Föderation vor Kurzem durchgeführten groß angelegten Militärübungen seinen Ausdruck fand, bei denen die Gesamttruppenstärke 200 000 Mann betrug, eine Größenordnung, die offensichtlich nicht ausreicht, um Aktivitäten im Rahmen des Wiener Dokuments auszulösen.

Wir möchten die Russische Föderation ermutigen, sich die Transparenz zu eigen zu machen, die das Wiener Dokument bietet, wenn es sowohl nach dem Buchstaben als auch nach dem Geist vollständig angewendet wird. Wir erneuern unseren Aufruf an alle Teilnehmerstaaten zu prüfen, ob es nicht lohnend wäre, sich in die laufenden Bemühungen um eine Modernisierung des Wiener Dokuments einzubringen. Ein solches Engagement wäre eindeutiger Ausdruck des Wunschs, weiterhin auf den Wert unseres VSBM-Acquis zu vertrauen und eine Zukunft zu schaffen, in der Transparenz und Offenheit wieder die Markenzeichen eines stabileren und sichereren euro-atlantischen Raums sind.

Ich danke Ihnen.

---

**990. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 996, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Sloweniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertretung der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bedauern, dass trotz der beharrlichen Bemühungen des Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) aufgrund des Widerstands der Russischen Föderation kein Konsens über die Neuauflage des Wiener Dokuments 2011 erzielt werden konnte. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die Neuauflage des Wiener Dokuments eine technische und praktische Angelegenheit ist. Wir halten fest, dass das Wiener Dokument 2011 und die vereinbarten Beschlüsse zum Wiener Dokument Plus in Kraft bleiben.

Wir sind der Ansicht, dass unsere Arbeit zur weiteren Stärkung des Wiener Dokuments fortgesetzt werden muss. Die Veränderungen im Sicherheitsumfeld und im militärischen Bereich machen die Notwendigkeit einer inhaltlichen Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments mehr als deutlich. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Vorschläge zur Aktualisierung des Wiener Dokuments, einschließlich des von 34 Teilnehmerstaaten mitgetragenen gemeinsamen Vorschlags, und ermutigen alle Teilnehmerstaaten, sich konstruktiv an den Erörterungen über die Rolle des Wiener Dokuments bei der Verringerung der Konfliktrisiken im OSZE-Raum durch die Förderung von Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität zu beteiligen. Darüber hinaus erinnern wir an die gemeinsame Erklärung von 45 Teilnehmerstaaten auf dem Treffen des Ministerrats in Tirana und bekräftigen unser nachdrückliches Bekenntnis zur vollständigen Umsetzung des Wiener Dokuments nach Wort und Geist. Wir sind entschlossen, den Prozess seiner inhaltlichen Modernisierung konstruktiv zu unterstützen.

Die zahlreichen Textvorschläge, die von vielen aus dieser Runde zu verschiedenen Kapiteln des Wiener Dokuments eingebracht wurden, unterstreichen die Notwendigkeit und den Wunsch, unsere Verpflichtungen und Instrumente weiter voranzubringen, sie in Krisenzeiten belastbarer zu machen, Besorgnisse zu beseitigen und das Vertrauen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten zu stärken, was in der derzeitigen Sicherheitslage mehr denn je notwendig ist. Wir begrüßen und unterstützen die Bemühungen des FSK-Vorsitzes und des FSK-Koordinators um die Fortsetzung der Erörterungen über die Modernisierung des Wiener Dokuments und sind bereit, uns aktiv daran zu beteiligen. Wir ermutigen andere,



einschließlich der Russischen Föderation, denselben Ansatz zu verfolgen. Ein echter Dialog tut not, da Fortschritte nur dann möglich sind, wenn alle Partner in der OSZE den erforderlichen politischen Willen an den Tag legen.

Abschließend möchten wir unterstreichen, dass die bestehenden OSZE-Verpflichtungen im politisch-militärischen Bereich, einschließlich des Wiener Dokuments, vollständig umgesetzt werden müssen. Wir glauben, dass die vollständige Umsetzung das Vertrauen im euro-atlantischen Raum zu unser aller Nutzen stärken wird.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und Albanien<sup>Error! Bookmark not defined.</sup>, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**990. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 996, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, möchte jedoch im Namen seines Landes seine volle Unterstützung für den Vorschlag des österreichischen Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) bekräftigen, das Wiener Dokument auf der Grundlage des durch einen Beschluss des FSK gebilligten Wiener Dokuments Plus neu aufzulegen.

Wir fordern die Russische Föderation auf, in einen sachbezogenen Dialog einzutreten, um eine inhaltliche Modernisierung des Wiener Dokuments zu ermöglichen.

Wir erinnern auch daran, dass konkrete Vorschläge zur Modernisierung in Form eines Pakets von Vorschlägen vorliegen, auf das sich 34 Teilnehmerstaaten geeinigt haben und zu dem die Russische Föderation jeden Dialog verweigert.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich um die Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen.

**990. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 996, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir möchten Ihnen für die Vorbereitung und Abhaltung der Sondersitzung des OSZE-Forums für Sicherheitskooperation (FSK) zur Neuauflage des Wiener Dokuments 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) danken.

Die russische Delegation ersucht Sie, zu Protokoll zu nehmen, dass in dieser Frage kein Konsens besteht.

Dabei lassen wir uns von folgenden Erwägungen leiten.

Zunächst findet die heutige Sitzung im Einklang mit Absatz 152 des Wiener Dokuments 2011 statt, der sich mit der Häufigkeit der Aktualisierung des Wiener Dokuments befasst. Es sei daran erinnert, dass auf Initiative einer Gruppe von Staaten, die zehn Jahre lang die Modernisierung von vertrauensbildenden Maßnahmen rundweg abgelehnt hat, diesem Absatz ein Vorbehalt zur Absicherung hinzugefügt wurde – in Form der wohl-bekannteren Formulierung: „gegebenenfalls“. Infolge ist Absatz 152 eher eine Empfehlung als eine Verpflichtung. Er sieht ein solches Treffen vor, doch er nimmt in keiner Weise dessen Ergebnisse vorweg, die natürlich von den Standpunkten ausnahmslos aller Teilnehmerstaaten abhängen.

Zweitens muss ich dieses hochprofessionelle Plenum wohl nicht daran erinnern, dass nahezu alle Fassungen des Wiener Dokuments auf Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE verabschiedet wurden. Diese Beschlüsse wurden nur verabschiedet, nachdem bedeutende und zahlreiche Änderungen vorgenommen worden waren, die ernsthafte Auswirkungen auf die Vertrauensbildung in Europa haben. Die Konsensregel und das Schlüsselprinzip „nichts ist vereinbart, bis alles vereinbart ist“ spielten eine große Rolle. Am wichtigsten ist jedoch wohl, dass die Teilnehmerstaaten die Neuauflage des Wiener Dokuments nie als einen rein technischen Prozess betrachteten. Wie wir sehen, überwiegt dieser Ansatz zurzeit.

Drittens wurde heute erklärt, die Neuauflage des Wiener Dokuments werde dem allgemeinen Sicherheitsumfeld „zugutekommen“ und die Fähigkeit der Teilnehmerstaaten

zur Zusammenarbeit „bekräftigen“. Aber aus irgendeinem Grund irritiert es die verehrten Kolleginnen und Kollegen nicht, dass die Verabschiedung einer neuen Fassung des Wiener Dokuments ein falsches politisches Signal aussenden würde, nämlich dass in diesem Bereich alles „eitel Wonne“ sei und wir, als wäre nichts geschehen, in bestem Einvernehmen die optimistischen Pläne aus der Zeit vor fünf oder sechs Jahren umsetzen.

Leider trifft genau das Gegenteil zu. In den letzten zehn Jahren hat sich die Sicherheitslage erheblich verschlechtert. Unsere westlichen Partner sagen oft, dass in der derzeitigen politisch-militärischen Situation „business as usual“ mit Russland nicht mehr möglich sei. Auch wir sehen das genauso, ein „Business“, bei dem immer wieder neue Forderungen, die mit falschen Anschuldigungen einhergehen, gegenüber Russland erhoben werden, brauchen wir tatsächlich nicht.

Das führt mich zum vierten Punkt. Das Schicksal des Wiener Dokuments ist untrennbar mit der Gesamtsituation der europäischen Sicherheit verbunden.

Aussichten für eine Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 bestehen nur, wenn das Nordatlantische Bündnis von der Einhegungspolitik gegenüber Russland abrückt, die russischen Interessen anerkennt und respektiert und normale Beziehungen zu unserem Land, unter anderem im militärischen Bereich, wiederherstellt. Die Politik der Konsolidierung der militärischen Überlegenheit, der Sanktionen, der Anschuldigungen und der Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit widerspricht grundlegend dem Ziel der militärischen Vertrauensbildung, und schließt die Möglichkeit aus, Vereinbarungen über VSBM zu treffen.

Unserer Auffassung nach muss sich das FSK zunächst auf die praktische Durchführung des Wiener Dokuments 2011 und der nachfolgenden Beschlüsse des Wiener Dokuments Plus konzentrieren (von denen keineswegs alle ideal sind). Für uns ist klar, dass die bloße Änderung des Ausstellungsdatums auf einem Dokument keinen Einfluss auf die Wirksamkeit seiner Durchführung hat, die in der Verantwortung der einzelnen Teilnehmerstaaten liegt.

Nun zu meinem fünften und letzten Punkt. Wie die Geschichte des europäischen Sicherheitssystems zeigt, war die aktivste Phase der Entwicklung von VSBM eine Periode der Zusammenarbeit und nicht der Konfrontation zwischen den Teilnehmern am gesamteuropäischen Prozess. Darüber hinaus wurde das Wiener Dokument nicht im luftleeren Raum entwickelt, sondern in Verbindung mit dem konventionellen Rüstungskontrollregime und anderen Vereinbarungen betreffend die europäische Sicherheit. Angesichts dessen sind wir überzeugt, dass sich das FSK darauf konzentrieren muss, die notwendigen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme konstruktiver Diskussionen über die Stärkung der europäischen Sicherheit zu schaffen, und dass sich die Teilnehmer auf praktische Schritte zur Deeskalation der sicherheitspolitischen Lage konzentrieren sollten.

Abschließend möchten wir betonen, dass wir nichts Tragisches darin sehen, wenn das FSK heute keinen Beschluss über die Neuauflage des Wiener Dokuments verabschieden kann. Wir schließen jedoch diese Möglichkeit für die Zukunft nicht aus, wenn die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.